

K1-Beschluss: Europa kann anders: Wir machen uns bereit für die Europawahl!

Antragsteller*in: GJ BUKO
Tagesordnungspunkt: 8. Kampagne 2018

Antragstext

1093 **Mutige Antworten in schwierigen Zeiten**

1094 Ein geeintes Europa mit seinen Grundprinzipien wie Freizügigkeit, Freiheit und
1095 Menschenrechte ist für einen großen Teil unserer Generation für lange Zeit eine
1096 Selbstverständlichkeit gewesen. Doch das ändert sich gerade seit der
1097 Verfassungskrise rasant. Der Brexit hat gezeigt, dass eine gemeinsame
1098 europäische Zukunft eben kein Automatismus ist, sondern etwas bleibt, wofür es
1099 zu kämpfen gilt. Wir erleben einen Rechtsruck in ganz Europa, rassistische,
1100 nationalistische, konservative und antieuropäische Parteien sind europaweit auf
1101 dem Vormarsch. In Polen, Ungarn oder Österreich erleben wir, wie die Demokratie
1102 Schritt für Schritt abgebaut wird. Dieser autoritäre Umbau wird von
1103 Konservativen wie der CSU durch das Hofieren von Antidemokrat*innen noch
1104 gestärkt. Zu lange wurde die Schuld für alle Probleme auf der europäischen Ebene
1105 gesucht und als Sündenbock von den Nationalstaaten verwendet, obwohl diese dort
1106 selbst eine neoliberale Politik voran trieben, und damit Krisen und Armut
1107 schaffen. Es mangelt zunehmend an linke Perspektiven für Europa, die
1108 gesamtgesellschaftlich begeistern. Und während sich linke und progressive Kräfte
1109 in Europa in der Defensive befinden, wird Emmanuel Macron zum pro-europäischen
1110 Heilsbringer stilisiert. Doch für uns als GRÜNE JUGEND ist klar: Eine wirkliche
1111 pro-europäische Antwort auf die zunehmende Demokratie- und Europaverdrossenheit
1112 darf nicht mit Neoliberalismus und Abschottung einhergehen. Mit dem Rücken zur
1113 Wand darf nicht weniger als eine Abkehr vom Status Quo durch eine klare Vision
1114 unser Anspruch sein.
1115 Wir wollen im nächsten Jahr mit einer mutigen Vision für Europa voran schreiten,
1116 und diese mit konkreten Forderungen verbinden. Wir wollen aufzeigen, wo es
1117 bereits Erfolge gibt und was wir verändern müssen, um zu einem progressiven
1118 europäischen Projekt zu kommen. Für uns ist klar: Dafür kann Europa nicht
1119 bleiben, wie es ist. Die großen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nicht
1120 in der nationalen Kleinstaaterei lösen. Demokratie stärken, Geflüchtete
1121 schützen, die Klimakatastrophe stoppen – all das werden wir nur mit und nicht
1122 abseits von Europa schaffen. Auf dem Weg zu einer grenzenlosen Welt setzen wir
1123 uns deshalb für einen europäischen, föderalen und demokratischen Staat ein. Wir
1124 wollen uns Europa von den nationalen Regierungen zurück erobern.
1125
1126 Um das zu tun, müssen wir progressive, soziale und humanitäre Antworten auf die
1127 bestehenden Probleme in Europa finden, statt sie kleinzureden oder wie die Große
1128 Koalition zu verschlimmern. Wir müssen zeigen, dass ein solidarisches,
1129 ökologisches, soziales und demokratisches Europa möglich ist, und viele Menschen
1130 dafür begeistern, gemeinsam mit uns dafür zu kämpfen. Die Europawahlen 2019
1131 werden eine extrem wichtige Richtungsentscheidung für die Zukunft Europas.
1132 Deshalb wollen wir sie mit einer schlagkräftigen und eigenständigen Kampagne
1133 begleiten und viele junge Menschen für jung-grüne Visionen zu Europa auf die
1134 Straße bringen. Dieser Antrag bildet hierfür einen ersten Aufschlag, auf dessen

1135 Grundlage es im nächsten Jahr gilt, eine Kampagne zu entwickeln.

1136 **2. Für Europa kämpfen heißt Europa verändern**

1137 Für uns ist klar, dass eine reine Jubelkampagne weder funktionieren kann, noch
1138 unserem politischen Anspruch genügt. Wir wollen die Probleme in Europa ernst
1139 nehmen und einen echten Veränderungsanspruch formulieren. Denn wer Europa retten
1140 will, muss es verändern. Europa ist für uns dabei kein Selbstzweck, sondern eine
1141 absolute Notwendigkeit, wenn wir den Herausforderungen unserer Zeit begegnen
1142 wollen. Denn diese lassen sich nicht auf nationalstaatlicher Ebene lösen. Nur
1143 mit Europa können wir die Umwelt schützen, die Demokratie retten, globale
1144 Gerechtigkeit schaffen und die Rechte von Geflüchteten sichern. Doch um Menschen
1145 für ein solidarisches Europa zu begeistern, müssen wir ihnen auch zeigen, wie
1146 Europa zur Verbesserung ihrer konkreten Situation beitragen kann. Unser Ziel ist
1147 es, junge Menschen in ihrer Lebensrealität abzuholen und für radikale Visionen
1148 zu gewinnen. Wir wollen sie nicht einfach dazu motivieren, ihre Stimme
1149 abzugeben. Stattdessen wollen wir sie mobilisieren und dazu ermächtigen, selbst
1150 für ihre politischen Ziele einzustehen. Denn Beteiligung und Selbstermächtigung
1151 sind die besten Mittel gegen Demokratieverdrossenheit und Resignation. Dabei
1152 denken wir über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Wir wollen nicht nur junge
1153 Menschen in Deutschland, sondern in ganz Europa erreichen. Wir wollen Themen
1154 setzen, die junge Menschen mitnehmen und gleichzeitig aufzeigen, wie ein anderes
1155 Europa aussehen könnte. Ein Europa, das soziale Sicherheit schafft und
1156 Selbstbestimmung stärkt.

1157 **3. Unsere Themen für Europa**

1158 Die konkrete Themensetzung für die Kampagne zur Europawahl gilt es erst noch zu
1159 entwickeln. Doch folgende Themen wollen wir auch schon im nächsten halben Jahr
1160 in europapolitischen Debatten und auch im Rahmen des Programmprozesses von
1161 Bündnis 90/Die Grünen nach vorne stellen. Es handelt sich dabei nicht um eine
1162 abschließende Liste oder ein fertiges Programm, sondern einen ersten Blick auf
1163 die Themen, die aus unserer Sicht eine zentrale Rolle spielen.

1164 Für ein solidarisches Europa, das Perspektiven schafft

1165 Wir wollen ein Europa der Solidarität und der Gerechtigkeit, in dem kein Mensch
1166 in Armut leben muss. Statt einem Festhalten an einer fehlgeschlagenen
1167 Austeritätspolitik wollen wir endlich wieder echte Perspektiven für Menschen in
1168 Europa schaffen. Dafür wollen wir soziale Grundrechte in Europa stärken. Das
1169 Ziel muss soziale Sicherheit für alle sein. Die GRÜNE JUGEND macht sich deshalb
1170 für eine europaweite Arbeitslosenversicherung stark. Darüber hinaus fordern wir
1171 die Stärkung von Arbeitnehmer*innenrechten und gemeinsame Standards bei
1172 Arbeitsbedingungen, damit unsere Generation in Europa nicht weiter in
1173 Unsicherheit und Prekarisierung leben muss. Dazu gehört auch die Einführung einer
1174 Mindesteinkommensrichtlinie und die Festlegung einer angemessenen Grundsicherung
1175 sowie der Abbau struktureller und bürokratischer Hürden, die den Zugang zu
1176 Sozialleistungen in den EU-Mitgliedstaaten erschweren. Außerdem muss die
1177 demokratische Beteiligung und Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen europaweit
1178 sichergestellt werden. Damit kein Kind in Armut aufwachsen muss, machen wir uns
1179 für ein Basis-Kindergeld stark, das zusätzlich zu bestehenden nationalen
1180 Sozialleistungen jedem Kind in der EU zusteht. Außerdem brauchen wir gemeinsame
1181 Standards im Gesundheitswesen und einen Anspruch auf leistbare Pflege.
1182 Echte Teilhabe geht jedoch über gerechte Arbeit und soziale Sicherung hinaus.
1183 Deshalb setzen wir uns für eine bezahlbare und langfristig ticketlose Mobilität
1184 in ganz Europa ein. Wir kämpfen gegen die maßgeblich durch Deutschland
1185 vorangetriebene Austeritätspolitik und machen uns stattdessen für Investitionen

1186 und die Unterstützung von Kommunen stark, sodass gleichwertige
1187 Lebensverhältnisse in ganz Europa entstehen können. Ein solidarisches Europa
1188 setzt jedoch auch voraus, dass sich alle an der Finanzierung des Gemeinwesens
1189 beteiligen. Dafür müssen Steuerschlupflöcher sowohl für Privatpersonen als auch
1190 für multinationale Konzerne endlich geschlossen werden. Besonders für die
1191 Unternehmensbesteuerung gilt, nur wenn wir auf europäischer Ebene
1192 zusammenarbeiten, statt uns als Konkurrent*innen um die niedrigsten Steuersätze
1193 zu verstehen, kann endlich härter gegen Steuervermeidung vorgegangen werden -
1194 auch mit positiven Auswirkungen auf die Steuerpolitik außerhalb Europas.

1195 Selbstbestimmung und Emanzipation statt Rechtsruck

1196 Wir kämpfen für ein Europa, in dem jeder Mensch ohne Angst verschieden sein und
1197 selbstbestimmt leben kann. Gerade erleben wir eine enorme Zunahme an Angriffen
1198 auf die Rechte von Frauen und LGBTI. Umso wichtiger ist es, dass wir für diese
1199 Rechte eintreten und bestehende Errungenschaften verteidigen. Doch dort dürfen
1200 wir nicht stehen bleiben, denn auch ohne die Angriffe von Rechts ist unsere
1201 Gesellschaft von patriarchalen Strukturen und Sexismus geprägt. Wir kämpfen
1202 deshalb für echte Gleichberechtigung und Freiheit. Deshalb setzen wir uns in
1203 ganz Europa für das Recht auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung ein.
1204 Schwangerschaftsabbrüche müssen in ganz Europa entkriminalisiert werden und
1205 unter guten medizinischen Bedingungen zugänglich sein. Darüber hinaus setzen wir
1206 uns für einen kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln ein, machen uns für einen
1207 besseren Schutz von sexuellen Minderheiten stark und wollen LGBTI-Aktivist*innen
1208 in Europa effektiv schützen und unterstützen. Außerdem soll die Ehe in ganz
1209 Europa für alle Paare geöffnet werden. Darüber hinaus streben wir die Idee eines
1210 Familienvertrags auch in Europa an.

1211 Klimakatastrophe und Umweltzerstörung stoppen mit und in Europa

1212 Für uns ist klar: die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlage lässt sich
1213 nur mit und nicht ohne Europa erreichen. Deshalb streiten wir für ein
1214 ökologisches Europa. Der Kohleausstieg und die Energiewende können nicht nur auf
1215 nationaler Ebene geschehen, sondern müssen zum europäischen Projekt und in ganz
1216 Europa umgesetzt werden, damit sie auch global eine Chance haben. Außerdem
1217 müssen umweltschädliche Agrarsubventionen schrittweise abgeschafft werden. Das
1218 ist neben dem Verbot von Pestiziden wie Glyphosat ein notwendiger Schritt, um
1219 die Artenvielfalt zu retten. Darüber hinaus führen diese Subventionen zur
1220 Verdrängung von lokalen Produzent*innen und zum Wegfall von Lebensgrundlagen in
1221 vielen afrikanischen Ländern, deren Märkte von subventionierten Produkten aus
1222 der EU überschwemmt werden. Diesen Zustand gilt es im Sinne der globalen
1223 Gerechtigkeit zu überwinden. Ökologie und Gerechtigkeit gehören für uns
1224 zusammen. Das trifft auch auf unsere Haltung zur Handelspolitik zu. Die GRÜNE
1225 JUGEND setzt sich gegen europäische Handelsabkommen ein, die wie TTIP oder CETA
1226 die Aushöhlung von ökologischen und sozialen Standards zur Folge haben, zu einer
1227 wirtschaftlichen Benachteiligung von Nicht-Partnerländern führen und
1228 demokratische Verfahren aushöhlen. Eine ökologische Wende in Europa muss Hand in
1229 Hand mit der Mobilitätswende gehen. Wir setzen uns für eine europaweit
1230 vernetzte, bezahlbare und klimaneutrale Mobilität ein.

1231 Humanität statt Abschottung

1232 Der Einsatz für ein grenzenloses Europa beschränkt sich für uns nicht auf die
1233 Grenzen innerhalb Europas, sondern muss auch die europäischen Außengrenzen
1234 umfassen. Auf der ganzen Welt fliehen Menschen vor Krieg, Verfolgung oder Armut.
1235 Diesen Menschen müssen wir Schutz bieten und langfristige Bleibeperspektiven
1236 schaffen. Um europaweit eine menschenwürdige Geflüchtetenpolitik

1237 sicherzustellen, ist die anstehende Europawahl eine entscheidende
1238 Weichenstellung. Mit einem sich abzeichnenden weiter voranschreitenden
1239 Rechtsruck in der gesamten Europäischen Union und voraussichtlich auch im neuen
1240 EU Parlament, sind die Voraussetzungen für eine Verbesserung leider schwierig.
1241 Umso wichtiger ist es uns, dass die Grünen sich klar zu einer humanitären
1242 Geflüchtetenpolitik bekennen und diesem Thema im Wahlprogramm und Wahlkampf
1243 einen prominenten Platz einräumen. Wir setzen uns für eine Überwindung des
1244 unmenschlichen Dublin-Systems ein und machen uns dafür stark, dass Menschen frei
1245 darüber entscheiden können, an welchem Ort sie leben wollen. Wir müssen legale
1246 Fluchtwege schaffen und humanitäre Antworten auf globale Fluchtbewegungen geben.
1247 Damit das möglich ist, brauchen wir eine bessere finanzielle Unterstützung von
1248 Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen, und mehr sozialen Wohnraum, der auch
1249 Geflüchteten offen steht. Dies muss insbesondere für Staaten wie Griechenland,
1250 Spanien oder Italien gelten, die durch ihre geographische Lage eine hohe Anzahl
1251 von Geflüchteten verzeichnen. Um die Geflüchteten menschengerecht behandeln zu
1252 können, braucht es mehr Kapazitäten und eine angemessene Einarbeitung von
1253 Mitarbeiter*innen in den Verwaltungen, denn eine Überforderung führt oft zu
1254 einer hohen Fehlerquote bei der Bearbeitung von Asylanträgen.
1255 Jedes Jahr sterben tausende Menschen auf der Flucht im Mittelmeer. Es ist ein
1256 Skandal, dass die Menschen, die ihnen helfen wollen und damit eine Aufgabe
1257 übernehmen, bei der die Staaten der EU versagen, dafür strafrechtlich belangt
1258 werden. Wir setzen uns deshalb für die Entkriminalisierung der zivilen
1259 Seenotrettung so wie der Unterstützung auf den Fluchtrouten und die Einführung
1260 einer staatlichen, europäischen Seenotrettung ein. Zudem brauchen wir sicher
1261 Fluchtrouten auch über den Luftweg. Außerdem müssen Abkommen vor allem mit
1262 Diktaturen und Staaten ohne funktionierendes Staatsgebilde, die in erster Linie
1263 dazu dienen, Europa abzuschotten, ein Ende haben. Der EU-Türkei-Deal muss
1264 aufgekündigt werden. Ein europaweiter Mindeststandard für eine
1265 Geflüchtetenunterstützung die ein Lebenswertes Leben absichert ist für uns die
1266 Grundlage für ein gutes Leben für alle Menschen in Europa. Europas humanitärer
1267 Anspruch muss auch in der Außenpolitik zum Ausdruck kommen: Europa muss durch
1268 eine andere Handels- und Klimapolitik sowie eine viel stärkere
1269 Entwicklungszusammenarbeit Fluchtursachen bekämpfen und mit anderen Staaten
1270 multilateral auf Augenhöhe kooperieren. Dabei muss das Wohlergehen aller
1271 Menschen und globale Gerechtigkeit und nicht die Maximierung des
1272 wirtschaftlichen Vorteils von Europa im Vordergrund stellen. Durch die
1273 Sicherstellung von Familiennachzug in alle Ländern der EU auch für subsidiär
1274 Schutzbedürftige erleichtern wir die Inklusion von Geflüchteten und retten
1275 Kindern vor Bomben und Giftgasanschlägen.
1276 Außerdem brauchen endlich auch Menschen, die vor den Folgen der Klimakatastrophe
1277 fliehen, eine Perspektive. Es kann nicht sein, dass die Länder, die
1278 hauptsächlich für den Klimawandel verantwortlich sind, sich hier aus der
1279 Verantwortung ziehen. Wir fordern deshalb die Einführung eines Klimapasses, der
1280 Menschen, die aufgrund von Klimawandel und Umweltzerstörung ihr Zuhause
1281 verlassen müssen, die europäische Staatsbürgerschaft ermöglicht. Es ist ein
1282 Unding, dass die Europäische Freizügigkeit seit Jahren beschränkt wird. Wir
1283 fordern die unverzügliche Wiederherstellung der grenzen- und
1284 grenzkontrollenlosen EU für alle in der EU lebenden Menschen. Darüberhinaus
1285 setzen wir uns für eine verbesserte rechtliche Situationen von LGBTIQ-
1286 Geflüchteten sowie Unterbringungsmöglichkeiten, in denen LGBTIQ-Geflüchtete
1287 keine Diskriminierung und/oder Gewalt befürchten müssen, ein.

1288 Demokratie retten und Bürger*innenrechte stärken

1289 Gerade in Anbetracht des autoritären Umbaus in Europa ist es wichtig, dass wir
1290 Bürger*innenrechte verteidigen und ausbauen und uns für demokratische Werte
1291 stark machen. Deshalb wollen wir, dass Bürger*innenrechte gegenüber Staaten in

1292 der EU vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar werden. Gleichzeitig müssen
1293 wir einen besseren Schutz von Menschenrechtsaktivist*innen, Bürgerrechtler*innen
1294 Whistleblower und Journalist*innen, sowie gesellschaftlichen Minderheiten.
1295 gewährleisten und darüber hinaus den Datenschutz in Europa stärken und das Recht
1296 auf Privatsphäre verteidigen.
1297 Doch wir wollen nicht nur demokratische Errungenschaften gegen den Rechtsruck
1298 verteidigen, sondern Mitbestimmung für alle schaffen und für ein wirklich
1299 demokratisches Europa streiten. Dafür müssen wir auch die Institutionen und
1300 Strukturen der Europäischen Union angehen. Ein geeintes Europa braucht eine
1301 echte europäische Staatsbürger*innenschaft, an die ein gleiches Wahlrecht auf
1302 allen Ebenen gekoppelt ist. Die Menschen Europas brauchen ein Parlament, das
1303 diesen Namen verdient hat, in dem jede Stimme gleich viel zählt und Menschen die
1304 Chance haben, für ihre Interessen unabhängig von längst überholter
1305 Nationalitäten zu stimmen. Die Kommission wird durch eine echte Regierung
1306 ersetzt, die demokratisch bestimmt wird. Was wir brauchen ist ein Europa der
1307 Bürger*innen, nicht der Regierungen. Auch der Rat verliert hierdurch seine
1308 Existenzberechtigung: Eine echte europäische Demokratie mit einem richtigen
1309 Parlament und einer wirklichen Regierung braucht diese Institution nicht mehr.
1310 Die Stärkung der europäischen Demokratie setzt auch eine gemeinsame europäische
1311 Öffentlichkeit voraus. Wir setzen uns deshalb für europäisch geförderte,
1312 öffentlich-rechtliche Medien in allen Sprachen ein.
1313 Der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte darf sich jedoch nicht nur auf die
1314 EU beschränken, sondern muss auch die Leitlinie der europäischen Außenpolitik
1315 sein. Wir lehnen die Zusammenarbeit mit und insbesondere Waffenlieferungen an
1316 Autokrat*innen wie Erdogan deshalb ab und fordern ein stärkeres Eintreten der EU
1317 für Menschenrechte. Es kann nicht sein, dass die EU bei einem Massaker an der
1318 Zivilbevölkerung, wie es gerade bei dem Angriff der Türkei auf die Kurd*innen in
1319 Afrin stattfindet, wegschaut!

1320 **4. Auf zu einem anderen Europa - Wie geht es weiter?**

1321 Wir wollen im Frühjahr 2019 eine schlagkräftige und eigenständige Kampagne mit
1322 dem gesamten Verband umsetzen. Diese Kampagne soll von einem Wahlkampfteam
1323 erarbeitet werden. Dieses Wahlkampfteam wird aus fünf Mitgliedern, die auf dem
1324 51. Bundeskongress im Herbst 2018 gewählt werden, sowie den Sprecher*innen, der
1325 Politischen Geschäftsführung und zwei weiteren Mitgliedern des Bundesvorstands
1326 bestehen. Hierbei sollen parallel stattfindende Wahlen bedacht und
1327 gegebenenfalls Landesvorstände zusätzlich eingebunden werden. Bei der Planung
1328 der Kampagne soll bedacht werden, wie strukturschwache Landesverbände
1329 unterstützt werden können, schließlich wird es im Wahlkampf auch darum gehen,
1330 wie strukturschwache Regionen in Europa besser angebunden werden können. Der
1331 Bundesvorstand entwickelt in den nächsten Monaten den Rahmen für die Kampagne.
1332 Das Wahlkampfteam hat die Aufgabe, darauf aufbauend konkrete Kampagneninhalte zu
1333 entwickeln, diese kreativ umzusetzen und die Durchführung der Kampagne zu
1334 planen. Der Finanzvorbehalt liegt dabei bei der Schatzmeisterei, die
1335 Letztentscheidungskompetenz beim Bundesvorstand.

Begründung

Erfolgt mündlich.